

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin wird zur Bio-Stadt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Berlin schließt sich dem Netzwerk „Bio-Städte“ an und wird initiativ, um die Ziele des Netzwerks zu erreichen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15.06.2019 zu berichten.

Begründung:

Die Koalition leitet mit verschiedenen Aktivitäten die Ernährungswende ein. Im Modellprojekt „Bio-Essen“ wird eruiert, wie der Anteil an Bio-Essen, an veganem, vegetarischem und regionalem Essen in den öffentlichen Kantinen erhöht werden kann. Dazu gehört auch, dass Strategien entwickelt werden, um die Lebensmittelverschwendung zu vermindern. Das Land Berlin wird mit der Zivilgesellschaft, unter anderem mit dem Berliner Ernährungsrat, eine Ernährungsstrategie mit konkreten Handlungsfeldern entwickeln.

Es wird nach Vorbild Kopenhagens ein “House of Food” errichtet. Dort werden verschiedene Aktivitäten rund um Themen wie Essen, Verbesserung der Qualität, Erhöhung des Anteils von Bio-Essen in den öffentlichen Kantinen und Gemeinschaftsküchen durchgeführt.

Diese politischen Ziele der rot-rot-grünen Koalition im Bereich der Ernährung stimmen mit denen des „Netzwerks Bio-Städte“ überein. Diesem seit 2010 bestehenden Netzwerk gehören aktuell Städte wie Hamburg, Bremen, Nürnberg und München an. Eines der Ziele der Städte in diesem Netzwerk ist die Erhöhung des Anteils des Bio-Essens in den öffentlichen Einrichtungen. Ein Engagement Berlins in diesem Netzwerk ist u.a. aus diesem Grund sinnvoll und

notwendig. Hierbei soll vor allem auf regionale, ökologische Produkte, wie z.B. aus Brandenburg, mit kurzen Transportwegen gesetzt werden.

Das Netzwerk der Bio-Städte setzt auf den Erfahrungsaustausch, die Akquise von Fördergeldern und öffentlichkeitswirksame Aktionen. Durch das gemeinsame Auftreten als Netzwerk soll den Zielen des Netzwerkes ein höheres politisches Gewicht verliehen werden. Um dem Netzwerk beizutreten, muss eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet werden. Diese Vereinbarung beinhaltet unter anderem, dass ein/e feste/r Ansprechpartner/in für das Netzwerk benannt wird, selbst definierte Ziele zur Förderung des Absatzes von biologisch erzeugten Produkten aufgestellt und kommunale Kompetenzen im Netzwerk gebündelt werden.

Berlin, den 24.01.2019

Saleh Dr. Czyborra Buchholz Dörstelmann
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion der SPD

Bluhm U. Wolf Dr. Efler
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Kapek Gebel Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen